Nr. 210
A 107

Morgen-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 6. Mai 1930
V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 55 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. (m. Ausn. d. Handelsl.): i. V. Dr. Sven v. Müller, Bln. Unv. Manuskripte werden nur zurückges., wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3609—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Vertrauen zur Führung

Beschluß des demokratischen Parteivorstandes / Dietrich bleibt
In drei Wochen Parteiausschuß / Wahrscheinlich kein Parteitag

Die gestrige Tagung des Hauptvorstandes der Deutschen Demokratischen Partei schloß mit der Annahme der folgenden Entschließung:

„Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei billigt das Verhalten der Reichstagsfraktion bei den Abstimmungen am 12. und 14. April. Der Parteivorstand hat zu der Reichstagsfraktion und zu dem demokratischen Reichswirtschaftsminister das Vertrauen, daß sie in der jetzigen Kombination die Grundsätze der Partei wahren und aus deren etwaiger Verletzung mit Entschiedenheit die Folgerungen ziehen werden."

Für diese Entschließung stimmten von den 42 Anwesenden 32, die übrigen 10 enthielten sich der Stimme, so daß die Annahme der Entschließung einstimmig erfolgt ist.

Vorher war eine andere Entschließung, die die Bewegungsfreiheit der Reichstagsfraktion und der Parteileitung dahin einschränken wollte, daß Fusionen mit irgendwelchen anderen Parteien oder Organisationen nicht eingegangen werden dürften, mit 27 gegen 14 Stimmen, also mit Zweidrittelmehrheit, abgelehnt worden. Eine dritte Entschließung, die das Ausscheiden des Reichswirtschaftsministers Dietrich aus dem Kabinett verlangte, wurde vor den Abstimmungen zurückgezogen.

Zur weiteren Erörterung der verschiedenen Auffassungen innerhalb der Partei wird zum 25. Mai der Parteiausschuß nach Halle einberufen werden. Da es sich bei dem Parteiausschuß um ein Gremium von 500 Vertretern handelt, dürfte die Einberufung eines Parteitages überflüssig sein. Sie würde nur in Betracht kommen, wenn es nicht gelingen sollte, im Parteiausschuß eine Verständigung herbeizuführen.

*

Während der Rede Kochs kam es mehrfach zu lebhaften Unterbrechungen und Auseinandersetzungen, als Koch gegenüber den in der Presse vielfach verbreiteten Nachrichten über Fusions- und Parteigründungsverhandlungen erklärte, **daß weder von ihm noch von irgendeiner der maßgebenden Persönlichkeiten der Partei derartige Verhandlungen geführt seien.** Insbesondere wurde auch vom Fraktionsvorsitzenden Oscar Meyer ein Parteivorstandsmitglied, das eine hervorragende Rolle in der jungdemokratischen Bewegung spielt, aufgefordert, die Quelle der von ihm weitergegebenen Nachrichten mitzuteilen. Im Verlaufe der sich hier anknüpfenden Auseinandersetzungen wurde dann beschlossen, den Landtagsabgeordneten Grzimek, der mehrfach in Reden auf die angeblich stattgefundenen Verhandlungen Bezug genommen hatte, einzuladen, um sich mit ihm im Rahmen des Parteivorstandes auseinanderzusetzen.

Kurz vor der Mittagspause legte der Abgeordnete Grzimek seine Auffassung dar. Um die Meinungen zu klären, wurde eine Kommission eingesetzt, vor der es dann zu einer Einigung dergestalt kam, daß der **Abgeordnete Grzimek einräumte, er habe sich durch Erklärungen, die ihm in der Kommission von den in Frage kommenden Persönlichkeiten gemacht wurden, überzeugen lassen, daß er falsch informiert gewesen sei.** Tatsächlich hatte schon vorher sowohl Koch wie Oscar Meyer als auch die Abgeordneten Dr. Fischer und Dr. Hummel sich entschieden gegen die Behauptungen gewehrt, daß sie Verhandlungen gepflogen hätten.

Dabei nahm allerdings der Parteivorsitzende den Standpunkt ein, daß es nicht nur sein Recht, sondern seine Pflicht sei, dauernd sowohl mit den Nachbarparteien wie auch mit jenen Strömungen, die auf Partei-Neugründungen hinzielten, Fühlung zu behalten.

Er sei persönlich der Auffassung, daß auf die Dauer in **Deutschland eine Parteiumbildung erfolgen müsse, und daß die Entwicklung auf die Gründung einer großen staatsbürgerlichen Partei außerhalb der Konservativen Partei auf der einen und den sozialistischen Parteien auf der anderen Seite hinauslaufe.** Dagegen verspreche er sich gar nichts von wahllosen Fusionen, zu denen er auch die Hand zu bieten nicht die Absicht habe.

In der anschließenden Diskussion stießen vielfach die Ausführungen kaum auf einander. Die Vertreter aus dem Lande beklagten vielfach, daß sie nicht genügend über die Motive der Fraktion bei ihren Handlungen aufgeklärt worden seien. Allgemeine Uebereinstimmung bestand allerdings darüber, daß der Demokratischen Reichstagsfraktion nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Koalition **nichts anderes übrig blieb, als, um Schlimmeres zu verhüten, das Kabinett Brüning parlamentarisch zu unterstützen. Nur über das Maß dieser Unterstützung gingen die Meinungen auseinander.**

Insbesondere wurde heftig von einem Teil der Redner die Stimmabgabe für das Schlesische Agrarprogramm beanstandet.

In dieser Beziehung machte anscheinend starken Eindruck eine ausführliche Darlegung des Reichsministers Dietrich, der im einzelnen aufzählte, in welchen Punkten sowohl der Finanzpolitik als auch der Agrarpolitik gerade der von ihm geführte Kampf im Kabinett dazu beigetragen habe, das Programm der Regierung relativ mäßig zu gestalten. Insbesondere habe die demokratische Einwirkung das Verdienst gehabt, die Bayern zur Zustimmung zur Bierstener zu bewegen.

Die Meinung der Fraktionsmitglieder, die zu Worte kamen, ging allgemein dahin, daß man **durchaus nicht gewillt sei, das Kabinett Brüning durch dick und dünn bedingungslos zu unterstützen,** sondern daß man hoffe, gerade durch die Mitwirkung der demokratischen Fraktion die Brüningsche Politik auf Wegen zu halten, die für die Vertreter des demokratischen Gedankens gangbar seien. Wenn das wider Erwarten nicht der Fall sein sollte, so würde selbstverständlich der Punkt kommen, wo die Demokraten die Gefolgschaft versagen und damit neue parlamentarische Konstellationen herbeiführen würden.

Der Aufruhr in Indien

Nach Gandhis Verhaftung

Bombay, 5. Mai. (W. T. B.)

Aus Lahore wird gemeldet, daß auf die Nachricht der Verhaftung Gandhis hin alle Schulen geschlossen wurden. Fünfzehn freiwillige Mitglieder des Kongresses wurden bei der Bildung von Posten vor den Geschäften, die ausländische Stoffe verkaufen, verhaftet. Eine Massenversammlung von mehr als 100 000 Personen wurde heute abend in Bombay abgehalten. Die Redner forderten die Anwesenden auf, weiterhin keine Gewalt anzuwenden und den Kampf fortzusetzen und beglückwünschten Gandhi zu seiner Verhaftung.

Fast zwei Monate sind vergangen, seitdem Gandhi von Ahmedabad aus mit 79 seiner Jünger den 160 Meilen langen Marsch zum Meere begann, um dort gegen das Salzgesetz zu verstoßen, von 100 000 Zuschauern umjubelt und mit Blumen bekränzt. Die sengende Hitze, Fieber, Krankheit, Pestausbruch kurz vor seinem Aufbruch, die zögernde Haltung der Kongreßführer ließen den Propagandamarsch unter recht ungünstigen Vorzeichen beginnen. In Baroda, einem Eingebrenenstaat, sollte ein Sith-Regiment dem Zug schon nach wenigen Tagen entgegengestellt werden, und die englische Presse brachte spöttische Meldungen über das „Theater", das mit der Verhaftung des Hauptakteurs rasch zu beenden sei.

Die Paria und die Mohammedaner rückten sofort von Gandhi ab; nach zehn Tagen hatte der Mahatma nicht die Hälfte der vorgenommenen Wegstrecke zurückgelegt, die Zahl der Jünger war auf 48 zusammengeschmolzen, die ganze Aktion schien im wahrsten Sinne des Wortes im Sande zu verlaufen. Die indischen Beamten, an die Gandhi die Aufforderung erlassen hatte, sofort ihre Aemter niederzulegen, traten nur in kleinem Prozentsatz aus. Dann wurde es mehrere Wochen lang still, bis die ersten Meldungen kamen: am 4. April sollte in allen Teilen des Landes die passive Widerstandsbewegung beginnen.

Die Presse war fast sicher, daß Gandhi bei seiner ersten Gesetzesübertretung verhaftet würde: Gandhi nimmt im Morgengrauen mit 4000 Begleitern ein rituelles Bad, holt, schöpft Salzwasser, kocht es aus, läßt es beschlagnahmen und bleibt frei. Das Gouvernement will abwarten . . .

Dann folgt eine Serie von Demonstrationen und Salzgesetzübertretungen und die ersten Verhaftungen. Gandhis Söhne und seine Mitarbeiter werden beim Salzsieden festgenommen, der Mahatma, der jeden Abend die aufrührerischsten Reden hält und offen zum Widerstand hetzt, bleibt

Botschafterwechsel in London und Rom

Neurath nach London, Schubert nach Rom

Die Entscheidung über die Neubesetzung der deutschen Botschaft in London ist, wie man annehmen darf, bereits gefallen. Der jetzt beim Quirinal beglaubigte Botschafter Dr. von Neurath wird als Nachfolger Sthamers nach London gehen. Staatssekretär Dr. von Schubert wird an seine Stelle die Botschaft in Rom übernehmen.

Botschafter Sthamer, der sich augenblicklich in Berlin aufhält, wird offiziell erst nach der Season, also am Herbstbeginn, sein Abberufungsschreiben überreichen. Um die gleiche Zeit wird sich dann auch der Wechsel in der römischen Botschaft vollziehen. Die Ernennung Bernhard von Bülows zum Staatssekretär wird aber noch zu einem früheren Zeitpunkt bekanntgegeben werden.

Neu besetzt werden muß jetzt noch die Gesandtschaft in Oslo, die durch die Einberufung Dr. Kösters ins Auswärtige Amt frei geworden ist, und der Posten des stellvertretenden Generalsekretärs beim Völkerbund, da Dr. Dufour-Feronce nicht länger in Genf bleiben will und voraussichtlich durch den Chef der Reichspressestelle, Ministerialdirektor Dr. Zechlin, ersetzt werden wird.

*

Stürmische Uraufführung von „Christoph Columbus"

In der Staatsoper Unter den Linden fand gestern die Welt-Uraufführung von „Christoph Columbus" statt, eine Oper in zwei Teilen und 22 Bildern von Paul Claudel, Musik von Darius Milhaud.

Das problematische Werk ist keine Oper; nennen wir es ein szenisches Mysterium. Nach dem ersten Teil klatschte man sich allmählich ein, und da das Publikum doch den Komponisten sehen wollte, erhielt der Beifall die ausreichende Stärke und Dauer, Milhaud konnten erscheinen. Im zweiten Teil, der noch weniger die Schau- und Hörlust befriedigt, wurde die Stimmung kritisch. Man fing an, unruhig zu werden und zu lachen.

Und als das letzte „Halleluja" verklungen war, entwickelte sich aus anfangs sanften Demonstrationen für und gegen das Werk allmählich ein so wüster Kampf, wie ihn dieses Haus noch niemals erlebt hat, selbst nach dem „Wozzek" nicht. Es ist schwer, zu sagen, ob die Freunde oder die Feinde den Sieg davongetragen haben.

Die Empörung richtete sich wohl in der Hauptsache gegen die Langeweile, die Dichtung und Musik ausströmen, und die gegen den Schluß hin in der Tat nicht mehr recht erträglich ist.

Der Dichtung ist ein ethischer Wille und eine gewisse Großartigkeit der Konzeption nachzusagen; nur läßt sich mit lose aneinandergereihten Bildern, läßt sich mit der Negation des Dramas auf der Bühne nichts ausrichten. Die Musik ist nicht gerade physiognomisios; doch wirkt sie durch ihre Monotonie geradezu aufreizend. Milhaud, Kleiber, Hörth, Hindel, Klein (der Maschinen-Direktor) standen am Schlusse oft vor dem Vorhang.

M. M.

*

Die Zusammensetzung des Publikums entsprach dem besonderen gesellschaftlichen Ereignis. Man sah eine große Zahl prominenter Mitglieder der Berliner Gesellschaft, vor allem aus den Bezirken der Kunst. U. a. wohnte der französische Botschafter de Margerie der Premiere seiner Landsleute bei.

— 0052